

Ressort: Politik

Mazedonien und Albanien können auf Beitrittsverhandlungen hoffen

Brüssel, 22.02.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die Europäische Kommission in Brüssel will die EU-Erweiterung in Richtung Westbalkan forcieren und für zwei weitere Länder die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfehlen. "Die EU-Kommission wird den Mitgliedstaaten bald - höchstwahrscheinlich bis zum Sommer - empfehlen, die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen", sagte der zuständige EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn der "Welt" (Donnerstag).

Die Menschen in diesen Ländern hätten eine konkrete europäische Perspektive verdient, sagte Hahn weiter. "Wir glauben, dass beide Länder in der Vergangenheit wichtige Reformen durchgeführt haben, und sich damit für diesen Schritt qualifiziert haben." So hätte Albanien "im Kampf gegen die organisierte Kriminalität eine Menge getan", erläuterte Hahn. Die Türkei sieht die EU-Kommission trotz der Freilassung des "Welt"-Journalisten Deniz Yücel weiterhin kritisch. Hahn: "Nach der Freilassung von Deniz Yücel hat sich an unseren rechtsstaatlichen Bedenken gegenüber der Türkei nichts geändert. Eine Charmeoffensive ist zu wenig." Tausende Menschen saßen, teilweise ohne Anklage, weiter in Haft. "Wir können die Augen nicht vor diesen erheblichen rechtsstaatlichen Defiziten verschließen", erklärte der EU-Kommissar. Mit Blick auf den mit Spannung erwarteten Länderbericht der Kommission zur Türkei im April sagte Hahn: "Aber wenn es bis dahin keine substanziellen Veränderungen gibt, wird der Länderbericht zur Türkei kritisch ausfallen, vor allem mit Blick auf die rechtsstaatliche Entwicklung." Es gebe "erhebliche Defizite" bei der Rechtsstaatlichkeit: "Es ist evident, dass die Politik einen Einfluss auf die Justiz hat". Hintergrund: Einen solchen Einfluss hatte Ministerpräsident Yildirim zuletzt mit Nachdruck bestritten. Konkret forderte Hahn von der Türkei die Beachtung demokratischer Grundsätze: "Dazu gehören die Unabhängigkeit der Justiz, die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und Meinungsfreiheit." Im Verhältnis zur Türkei forderte der Kommissar künftig statt Beitrittsverhandlungen einen "neuen Fokus auf partnerschaftliche Beziehungen". Hahn: "Die EU und die Türkei sollten sich in den kommenden Jahren - wie es ja auch unter anderem von Präsident Macron vorgeschlagen wurde - auf den Ausbau einer strategischen Partnerschaft konzentrieren und nicht auf Beitrittsverhandlungen." Es sei besser, sich Ziele zu setzen, die man auch erreichen kann und "die keine Belastung in den gegenseitigen Beziehungen darstellen". Im Rahmen einer solchen Partnerschaft soll man laut Hahn "mittelfristig über die Ausweitung der EU-Türkei-Zollunion auf Dienstleistungen und andere Bereiche verhandeln". Die Bundesregierung lehnt das bisher strikt ab. Hintergrund: Die Empfehlung der EU-Kommission ist notwendige Voraussetzung für einen Beschluss der Mitgliedsländer zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Albanien ist seit 2014 Beitrittskandidat und Mazedonien bereits seit 2005.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-102448/mazedonien-und-albanien-koennen-auf-beitrittsverhandlungen-hoffen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com